RECHTSEXTREMISMUS

Vorbild Breivik

Die Bundesregierung sieht in der sogenannten Reichsbürgerbewegung eine Gefahr für die innere Sicherheit. Es bestehe das „Risiko, dass radikalisierte Einzeltäter ähnliche Straftaten“ begingen wie der norwegische Massenmörder Anders Breivik oder die rechtsextreme Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund, heißt es in einer Antwort des Innenministeriums auf eine Anfrage der Linken-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke. Die in etliche Kleinstgruppen zersplitterten „Reichsbürger“ erkennen die Bundesrepublik nicht an und gehen davon aus, dass das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 existiert.
2012 machte vor allem die „Reichsbewegung – Neue Gemeinschaft von Philosophen“ von sich reden. Sie verschickte Drohbriefe an jüdische sowie islamische Gemeinden, forderte „raum-, wesens- und kulturfremde Ausländer“ zur Ausreise auf und drohte diesen mit der Erschießung. Die Bundesregierung stuft eine niedrige dreistellige Zahl der Anhänger als Extremisten ein.

REICHE

Bluffen für die Restmillionen

Die Klage der Quelle-Erbin Madeleine Schickedanz, die seit Mitte Dezember vor dem Kölner Landgericht verhandelt wird, ist offenbar ein Bluff. 1,3 Milliarden Euro Schadensersatz verlangt die Ex-Milliardärin von früheren Gesellschaftern des Bankhauses Sal. Oppenheim und dem Troisdorfer Investor Josef Esch – weil die sie falsch beraten und in riskante Kredite getrieben hätten. Ein mit „Persönlich / Vertraulich“ überschriebener Brief des Schickedanz-Anwalts Andreas Ringstmeier legt jedoch den Verdacht nahe, dass Ringstmeier selbst nicht an einen durchschlagenden Erfolg der von ihm eingereichten Klage glaubt. In dem Schreiben geht es um eine „Vergütungsvereinbarung“, die Ringstmeier am 15. Juli 2009 unterschrieb. Darin bietet der Jurist die Dienste seiner Kölner Kanzlei für „einen moderaten Stundensatz“ von 350 bis 450 Euro an, „der als Anreiz durch ein erfolgsorientiertes Bonussystem ergänzt wird“. Weiter heißt es: „Ein honorarwürdiger Erfolg wäre es, wenn Ihnen durch einen Vergleich mit den wesentlichen Gläubigern Sicherheit dahingehend gewährt würde, dass Sie Ihr Elternhaus und ein gesichertes Auskommen behalten könnten.“ 500 000 Euro Bonus sollen demnach fällig werden, wenn Schickedanz am Ende des Streits mindestens 10 Millionen Euro Vermögen bleiben. Ab 30 Millionen Restvermögen wünscht sich der Anwalt eine Prämie von einer Million Euro. Ringstmeier erklärte auf Anfrage, die dem SPIEGEL „vorliegende Honorarvereinbarung“ sei „zu Beginn unseres Mandats geschlossen“ worden, „nicht die aktuelle Version“ und habe „mit dem Klageverfahren nichts zu tun“. Zudem habe sich „der Gegenstand des Mandats“ verändert. Die Frage zu standesrechtlichen Bedenken gegen Art und Höhe des Erfolgshonorars ließ er unbeantwortet.

DOMINIK BECKMANN / BRAUERPHOTOS

Schickedanz

HAUPTSTADTFLUGHAFEN

Heiße Rechner

Flughafen Willy Brandt

KLAUS-DIETMAR GABBERT / DAPD

Der geplante Eröffnungstermin für den neuen Berliner Großflughafen Ende Oktober 2013 ist nicht nur wegen anhaltender Probleme beim Brandschutz gefährdet. Auch die Kühlung der zentralen Computeranlage bekommen die Techniker bislang nicht in den Griff. Die Kälteaggregate sind offenbar falsch dimensioniert, wie aus dem jüngsten Controllingbericht der Flughafengesellschaft hervorgeht. Es drohten die Überhitzung und Notabschaltung der Kältemaschinen, heißt es in dem Bericht. Die „Anlagenstruktur“ erfülle „nicht die erforderlichen Versorgungsbedingungen“. Die Nachrüstung der Kühltechnik für das Rechenzentrum soll neu ausgeschrieben werden. Probleme bereite zudem die hochkomplexe Tankanlage unter dem Rollfeld. Der Sicherheitsnachweis für das kilometerlange Pipeline-System liege noch nicht vor. Seit Wochen versuchen externe Experten, Fehler bei der „Unterflurbetankungsanlage“ zu beheben. Sie sollen auf Schlampereien gestoßen sein; Rohrverbindungsstücke hätten nicht exakt gepasst.

SPD

Ökos verlieren

Im Streit um die zukünftige Energiepolitik haben sich in der SPD die Wirtschafts- und Sozialpolitiker gegen die Umweltpolitiker durchgesetzt. Das geht aus einem Papier der zuständigen Arbeitsgruppe hervor, das Anfang 2013 Partei und Fraktion vorgelegt werden soll. In dem Papier „Die Energiewende erfolgreich gestalten“ betonen die Autoren Hubertus Heil, Rolf Hempelmann und Ulrich Kelber die finanziellen und sozialen Aspekte der Energiewende. So sollen Hartz-IV-Sätze an Energiepreissteigerungen gekoppelt und energetische Gebäudesanierungen „für Mieter bezahlbar“ gestaltet werden; zudem sollen Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, weiterhin von der Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz befreit werden können. Nicht berücksichtigt wurden Forderungen der Umweltpolitiker nach einem allgemeinen Tempolimit und nach Veränderungen bei der Entfernungspauschale und der Besteuerung von Dienstwagen.